

Das Märchen von der Wirtschaftlichkeit der Atomkraftwerke

Die jüngsten tragischen Ereignisse in Japan führen uns nicht nur vor Augen, dass es bei einem AKW keine absolute Sicherheit geben kann, sie zeigen auch einmal mehr, dass Atomkraftwerke gar nicht wirtschaftlich betrieben werden können.

Kein Atomkraftwerk ist risikogerecht versichert und im Falle eines Unfalls fallen die Kosten immer auf die Allgemeinheit zurück. Dieser Umstand kommt einer staatlichen Subventionierung der Atomenergie gleich, verzerrt den Energiemarkt und verhindert die Konkurrenzfähigkeit der erneuerbaren Energien.

Würde man beim Atomstrom Kostenwahrheit herstellen, wäre dieser schon heute massiv teurer und der Bau eines neuen Atomkraftwerks kein Thema.

Doch nicht nur im Falle eines Unfalls, auch bei der Stilllegung und der Entsorgung eines AKWs drohen hohe Kosten für die Allgemeinheit. Gemäss Bericht des Bundesamtes für Energie wies der Stilllegungsfonds für das AKW Mühleberg am Ende des letzten Jahres eine Unterdeckung von rund 30 Millionen Franken oder 11% auf und insgesamt fehlen noch weit über 100 Millionen Franken im Fonds. Das AKW Mühleberg schneidet damit nicht nur bezüglich Sicherheit, sondern auch bezüglich der Deckung des Stilllegungsfonds am schlechtesten ab. Dazu kommt, dass gemäss Experten bei der Stilllegung wie auch bei der Entsorgung beträchtliche Kostenabweichungen nach oben möglich sind.

Vor dem Hintergrund einer ordentlichen Betriebsdauer von 40 Jahren und der selbst gemäss der Betreiber möglichen Stilllegung des AKW Mühleberg aus ökonomischen Gründen ist leider zu erwarten, dass für die Stilllegungs- und Entsorgungskosten einmal mehr eine Quersubventionierung der Atomkraft stattfinden wird.

All diese Punkte zeigen klar auf, wie verantwortungslos der einseitige Lobbyismus der Strombranche für die Kernenergie in den letzten Jahrzehnten war. Es ist deshalb an der Zeit, dass in den wichtigen Positionen der Stromwirtschaft endlich Personen Einsitz nehmen, welche bereit sind, einen erneuerbaren Weg zu beschreiten.

Für uns Grünliberale ist klar: In der Schweiz darf aus Gründen der Sicherheit, aber auch aus Gründen der Wirtschaftlichkeit kein neues Atomkraftwerk mehr gebaut werden. Bei den bestehenden Atomkraftwerken muss eine schrittweise Ausstiegsstrategie begangen werden, welche mit dem AKW Mühleberg beginnen soll – dabei steht die Sicherheit von Bevölkerung und Umwelt im Zentrum und nicht drohende Kosten für die Betreiber, welche möglicherweise unverantwortlich zu wenig Rückstellungen gebildet haben.

Weiter muss als Sofortmassnahme auf sämtlichem Atomstrom der in der Schweiz verkauft wird eine Risikoprämie erhoben werden, welche für die Entfernung des unsinnigen Deckels bei der KEV verwendet werden soll. Damit können die notwendigen Investitionen in den Zubau von Sonne, Biomasse, Wind, Kleinwasserkraft und Geothermie ausgelöst und der schrittweise Ausstieg aus dem Risiko Atomenergie ermöglicht werden.

Michael Köpfli, Co-Präsident glp Kanton Bern und Berner Stadtrat